



Wirtschaftspolitik

Aiwanger: "Strenge Regelungen der Überbrückungshilfe müssen gelockert werden"

27. August 2020

MÜNCHEN Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger fordert eine Lockerung der Regelungen der Überbrückungshilfe Corona.

Aiwanger: „Die Verlängerung der Überbrückungshilfe von September bis Jahresende ist ein wichtiges Signal an die betroffene Wirtschaft. Es ist aber nötig, die bisherigen strengen Regelungen im Sinne der Unternehmen zu lockern, damit mehr Betriebe in den Genuss von staatlicher Hilfe kommen als derzeit. Bundesweit liegen aktuell erst rund 45.000 Anträge vor, davon knapp 8.000 aus Bayern, die durchschnittliche Entschädigung pro Antrag liegt bei insgesamt 20.500 Euro für die Monate Juni, Juli, August. Die Zugangsvoraussetzung mit einem Umsatzeinbruch von 60% oder mehr in den Monaten April und Mai im Vergleich zum Vorjahr ist zu streng und unflexibel, hier muss der Bund nachbessern. Auch die Erstattungen für die Fixkosten von 40, 50 oder 80% je nach monatlichem Umsatzeinbruch sollten nach oben hin angepasst werden, da einige Branchen wie Messebauer, Schausteller oder Reisebüros sonst in die Insolvenz marschieren. Das wollen wir vermeiden.“

Bayern ist das Bundesland, in dem die Überbrückungshilfe des Bundes am schnellsten bearbeitet wird. 18 Prozent der bundesweit gestellten Anträge, aber 33 Prozent der bundesweit bewilligten Anträge kommen aus Bayern. Die Bewilligung erfolgt über die IHK für München und Oberbayern, Antragstellung ausschließlich über Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer und Rechtsanwälte.

Jürgen Marks
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 243/20